

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Bundesparteitag

Nur knapp vier Monate nach dem Europaparteitag in Essen fand nun der Parteitag wieder einmal in Berlin statt.

Im Vorfeld wurde viel spekuliert – auch wesentlich durch die Medien angeheizt –, dass es auf dem Parteitag ein Hauen und Stechen zwischen den verschiedenen Strömungen um den Inhalt des Wahlprogramms für den Bundestagswahlkampf der LINKEN geben werde.

Reporter kamen gezielt auf die ostdeutschen Delegierten zu und befragten sie immer wieder nach ihrem Verhältnis zu Oskar Lafontaine und den „radikalen Spinnern“.

Nichts Gutes versprachen auch die weit über 1.000 Änderungsanträge zu dem vom Parteivorstand vorgelegten Wahlprogramm, die teilweise nur die Änderung eines Wortes, eines halben Satzes, aber auch die Neuformulierung ganzer Seiten beinhalteten. Besonders entzündete sich ein Streit um die Höhe des geforderten Mindestlohnes (acht oder zehn Euro) und die Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro oder 500 Euro.

Letztlich wurden zu allen strittigen Fragen Kompromisse gefunden, die von den Delegierten im Wesentlichen auch bestätigt wurden. Den größten Anteil daran, dass der Parteitag ohne

großen Streit, sondern recht harmonisch durchgeführt werden konnte, hatte zweifellos Gregor Gysi. Eigentlich sollte er den Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion erstatten, jedoch wies er gleich zu Beginn seiner Rede darauf hin, dass uns der Bericht ja in schriftlicher Form vorliege und wir dort nachlesen könnten, was die Fraktion alles geleistet habe.

In seiner nun folgenden sehr emotionalen Rede riss Gysi den Parteitag zu Beifallstürmen hin. Er stellte zunächst die Gemeinsamkeiten aller Mitglieder unserer Partei heraus, um dann darauf einzugehen, wie mit bestehenden Differenzen umgegangen werden sollte. Er rief dazu auf, uns um die Probleme der Bürger zu kümmern und uns nicht mit uns selbst zu beschäftigen.

Gysi stellte immer wieder heraus, dass DIE LINKE die einzige Friedenspartei sei, dass sie im Gegensatz zu allen anderen Parteien im Bundestag noch nie einem Kriegseinsatz deutscher Soldaten zugestimmt habe und es auch nie tun werde. DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und deshalb schloss Gregor Gysi seine Rede mit der Losung:

„Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!“

Christa Schubert, Blankenfelde

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 11

Zitiert ...

„Es gehört oft mehr Mut dazu seine Meinung zu ändern, als ihr treu zu bleiben.“

*Friedrich Hebbel
(1813 - 1863)*

DIE LINKE.

Kirsten Gurske für Luckenwalde

Mit dem fantastischen Ergebnis von 100 Prozent Zustimmung wurde Kirsten Gurske am 29. Mai 2009 von den Mitgliedern des Stadtverbandes Luckenwalde in geheimer Abstimmung zur Bürgermeisterkandidatin gekürt. Bei einer solchen Zustimmung muss uns beim bevorstehenden Wahlkampf nicht bange werden.

1960 in Berlin geboren, absolvierte sie eine Berufsausbildung an der Deutschen Staatsbibliothek Berlin und war im Anschluss daran dort und im Institut für Nachrichtentechnik/Bibliothek bis 1982 tätig. Während

dieser Zeit erwarb sie 1980 das Abitur an der Alexander von Humboldt-Schule in Berlin.

Ab dem Jahr 1982 studierte sie dann bis 1987 Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und erhielt den Titel „Diplom-Soziologin“ im Jahr 1987.

Von 1990 bis zum Jahr 2001 war Kirsten Gurske Gleichstellungsbeauftragte des Berliner Bezirksamtes Friedrichshain und arbeitete im Anschluss daran von Februar bis August 2002 als Persönliche Referentin der Staatssekretärin für Arbeit und

Frauen, Hildegard Maria Nickel.

Als Persönliche Referentin des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf und der Staatssekretärin Susanne Ahlers war sie dann von August 2002 bis Dezember 2006 tätig.

Seit 2007 ist Kirsten Gurske Mitarbeiterin der Zentralen Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

*Felix Thier,
Luckenwalde*

Ein klares Nein zur Seenprivatisierung

Öffentliche Petition gegen die weitere Gewässerprivatisierung in den neuen Bundesländern eingereicht

Seit dem 11. Juni 2009 läuft eine öffentliche Petition auf dem Petitions-server des Bundestages gegen die weitere Privatisierung von Gewässern in den neuen Bundesländern.

Nach wie vor droht die Privatisierung zahlreicher Seen durch die Bundesgesellschaften BVVG und BlmA. Mit der Petition sollen die Seen weiterhin als öffentliches Allgemeingut erhalten werden und öffentlich zugänglich und nutzbar bleiben.

Der Bundestag wird mit der Online-Petition aufgefordert, zunächst ein Moratorium zum Verzicht der weiteren Privatisierung von Gewässern zu beschließen. In der Zwischenzeit soll eine Gesetzesänderung hinsichtlich des Einigungsvertrages in Artikel 21 und 22 erfolgen bzw. eine Klarstellung der Rechtslage mit dem Ziel, dass Gewässer als Verwaltungsvermögen anzusehen sind und den Gemeinden, Städten, Kreisen oder Ländern als Eigentum kostenlos übertragen werden können.

Öffentlich äußerst kontrovers diskutiert wurde u. a. der Verkauf des Wandlitzsees nördlich von Berlin an eine Immobiliengesellschaft im Jahr 2003. In den nächsten Jahren wird

die BVVG weitere 15.000 Hektar Seen verkaufen.

Eine Privatisierung droht beispielsweise auch dem 270 ha großen Mellensee. Zwar hatte das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen mit Zuordnungsbescheid vom 7. Juli 2008 den Mellensee dem Land Brandenburg zugeordnet. Hiergegen hat die BVVG jedoch Klage eingelegt. So bleibt die Eigentumsfrage beim Mellensee weiterhin offen.

Die Seen sind jedoch ein wesentlicher Standortfaktor für den Tourismus und zudem wichtige Ökosysteme. Es ist zu befürchten, dass die touristische Entwicklung durch den Verkauf der Seen gefährdet wird. Beispielsweise ist damit zu rechnen, dass Badestellen und Stege nicht mehr genutzt werden dürfen und das Angeln verboten wird.

Auch die ökologische Bedeutung der Gewässer ist zu berücksichtigen. In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass auch bei den Seen das Grundeigentum eine zentrale Rolle für die Erreichung ökologischer Ziele spielt. Neben der Online-Petition hat die Bundestagsfraktion

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN einen Antrag zur Neuregelung der Gewässerprivatisierung in Ostdeutschland in den Deutschen Bundestag eingebracht. Der Antrag wurde während der 1. Lesung am 28. Mai 2009 in die Fachausschüsse verwiesen. In der zuvor geführten Diskussion zeichnete sich bereits ab, dass lediglich die Bundestagsfraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE gegen die weitere Gewässerprivatisierung in den neuen Bundesländern sind.

*Carsten Preuß,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. in Zossen*

Die Petition kann bis zum 24. Juli 2009 unterstützt werden. Unter dem Link

<https://epetitionen.bundestag.de>

besteht die Möglichkeit, die Petition online mitzuzeichnen. Es können auch Diskussionsbeiträge abgegeben werden. Benötigt werden 50.000 Mitzeichner, damit das Anliegen der Petition im Bundestag behandelt wird und persönlich dort vorgetragen werden kann.

Diana Golze

Unsere Kandidatin für die Bundestagswahl 2009



Petra Haase: Diana, Du bist seit 2005 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Für den Wahlkreis 61 bist Du als Direktkandidatin nominiert. Was hat Dich bewogen, erneut zu kandidieren?

Diana: Zuerst natürlich, weil mir die Arbeit Spaß macht. Ich kann das beruflich machen, was ich schon immer gern gemacht habe: mit Menschen zusammen arbeiten, mit jungen Leuten Politik für junge Leute machen, politisch etwas bewegen. Außerdem weiß ich nun nach fast vier Jahren, wie der Hase läuft, und würde gern daran anknüpfen. Zu verändern gibt es noch genug! In Berlin, was die Gesetzgebung und die Verteilung der Mittel betrifft, aber auch im Wahlkreis, wo ich weiterhin als LINKES Gesicht ansprechbar sein möchte für die Sorgen und Nöte der Menschen – dafür trete ich wieder an.

Petra Haase: Was hat Dich in der zurückliegenden Zeit am meisten beeindruckt?

Diana: Das waren verschiedene Dinge. Ich hatte z.B. nicht mit einer so engstirnigen Denkweise so mancher Kollegen, vor allem in der Union, gerechnet, die nur an Stasi, Mauer und Staatsverschuldung denken, wenn sie uns sehen. Auch die GRÜNEN haben mich enttäuscht. Nach all den Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind es für mich nur noch die Olivgrünen. Leider hat sich auch der alte Spruch „Wer hat uns verraten...?“ zu oft bewahrheitet. Wie die SPD so oft gegen ihre aufgeschriebenen Überzeugungen reden und abstimmen kann, ist mir unverständlich. Egal, ob bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer, bei der Ablehnung des Mindestlohns oder bei der Einführung der Rente mit 67 – hier war für mich die Enttäuschung am größten.

Petra Haase: Du bist Mitglied der Kinderkommission des Bundestages, hast sie zeitweilig geleitet. Welche Aufgabe hat diese Kommission? Gab es Fortschritte in der Arbeit? Hat die Kommission Einfluss auf Entscheidungen des Bundestages?

Diana: Die Kinderkommission versteht sich als parlamentarische und außerparlamentarische Interessenvertretung und will kinderpolitische Signale setzen. Sie unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch Verbände, Organisationen und Einrichtungen, die sich für die Interessen von Kindern einsetzen.

Ein großes Ziel der Mitglieder der Kinderkommission ist es, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. Das ist nicht ganz einfach, weil dies zwar von der Kinderkommission befürwortet wird, aber nicht in allen Fraktionen mehrheitsfähig ist. Vor allem die CDU/CSU-Fraktion hat hier blockiert. Leider kam daher in dieser Legislaturperiode ein von uns geplanter Gruppenantrag nicht zustande. Der Erfolg der Kinderkommission besteht in einer Vielzahl von Detailfragen, die zum Wohle von Kindern verändert werden konnten. Dazu gehört unter anderem die Ausrüstung von Lkw mit Zusatzspiegeln, um den sogenannten toten Winkel zu beseitigen. Auch konnte die Kinderkommission die Textilindustrie überzeugen, keine reißfesten Kordeln mehr in Kinderbekleidung einzunähen. Dadurch konnte die Gefahr von tragischen Unfällen verringert werden, da sich zuvor immer wieder Kinder mit den Kordeln stranguliert hatten.

Übrigens sind wir fünf Politikerinnen in der Kinderkommission nicht nur fachpolitisch auf der Höhe, sondern auch im Alltag sind wir mit den Belangen von Kindern bestens vertraut. Alle fünf Parlamentarierinnen

sind Mütter. Zusammen bringen wir es auf acht Kinder.

Petra Haase: Du hast in der Bundes- sowie der Kommunalpolitik Verantwortung übernommen. Wie organisierst Du Deine Arbeit, dass Du allen Funktionen gerecht werden kannst?

Diana: Das Gute ist, dass sich die Aufgaben zum großen Teil gut ergänzen. Durch meine kommunalpolitische Verankerung weiß ich in Berlin genau, wovon ich rede, da kann mir keiner was vormachen. Und in Berlin bekomme ich Informationen und Tipps, die für meine Arbeit im Wahlkreis äußerst wichtig sind. Dadurch ist es zwar natürlich ein zeitlicher Aufwand, aber auch einfach eine Frage der Planung. Da ich die Vorsitzende der SVV Rathenow bin, richten sich z.B. die Termine dort meist nach meinem Kalender. Nicht zuletzt habe ich in Berlin und im Wahlkreis ein starkes Team, das mich unterstützt und mir den Rücken freihält – und einen Mann, der immer für mich da ist.

Diana, herzlichen Dank für das Interview. Wir wünschen Dir einen erfolgreichen Wahlkampf und werden Dich nach Kräften unterstützen.

Petra Haase, Jüterbog

KinderReich – Mit LINKS
von KinderArmut zur KinderRepublik

Fast vier Jahre politischer Arbeit im Deutschen Bundestag liegen hinter mir. Es ist an der Zeit, kurz inne zu halten, um Erreichtes zu betrachten. Damit Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, einen Überblick über meine Arbeit sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Wahlkreis bekommen, habe ich diese Bilanzbroschüre für Sie erstellt.

Unter diana.golze.lt02@bundestag.de können Sie die Broschüre bestellen

TRANSPARENZ

LINKE POLITIK IM LANDTAG

Rechtssicherheit für teilzeitverbeamtete Lehrkräfte herstellen

Die in Teilzeit verbeamteten Lehrkräfte, die seit 2008 in Vollzeit beschäftigt werden, befinden sich weiterhin in Rechtsunsicherheit.

Die Rechtmäßigkeit der 1998 ausgestellten Urkunden ist noch immer nicht erwiesen. Das Bundesverwaltungsgericht hat zwar 2008 in einem Einzelfall die Gültigkeit der Ernennung bestätigt, wegen eines Vergleiches jedoch kein Urteil gesprochen. Zwischenzeitlich liegen verschiedene rechtskräftige Urteile vor, in denen der Status des Beamten auf Teilzeit als rechtswidrig und ungültig eingestuft wurde. Das hat die Unsicherheit unter den betroffenen Lehrkräften enorm verstärkt.

Die gemeinsame Erklärung des Ministers auf der einen und der GEW und der Verbände auf der anderen Seite ist hinsichtlich der rechtlichen Unsicherheiten für alle Betroffenen, vor allem für die 900 Lehrkräfte, die sich in einer rechtlichen Auseinandersetzung befinden, unzureichend. Im Interesse der fachlich sowie pädagogisch engagierten Lehrkräfte ist es notwendig, unverzüglich alle Zweifel an der rechtlichen Position der Beamtinnen und Beamten, die in ständiger Teilzeit ernannt worden sind, auszuräumen.

Ehrenpension für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren

Die etwa 47.000 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Land Brandenburg leisten ein hohes bürgerschaftliches Engagement zum Wohle der Allgemeinheit.

Mit dem Ziel der Verhütung und Bekämpfung von Bränden und der Abwehr von Gefahren durch Hilfeleistung oder beim Katastrophenschutz opfern Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren in ganz Brandenburg ihre Freizeit, sie riskieren ihre Gesundheit, mitunter auch ihr Leben.

Feuerwehren sind zudem eine wichtige soziale Komponente und Teil des gesellschaftlichen Lebens und der Identifikation in den Gemeinden. Viele Feuerwehren im Land haben Probleme, entsprechendes Personal für die Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr zu motivieren. Das hat verschiedenste Ursachen.

Durch die Einführung einer Ehrenpension nach dem Vorbild des Freistaates Thüringen könnte die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren gefördert und angemessen anerkannt werden.

Anzeigen wegen Überflugs von Naturschutzgebieten

Nach einer Tragschrauber-Präsentation des Innenministeriums auf dem Flugplatz in Schönhagen (Teltow-Fläming) gibt es jetzt Anzeigen gegen Piloten und Flugleiter. Beim Überfliegen eines Naturschutzgebietes sollen die Tragschrauber die gesetzliche Mindestflughöhe unterschritten und gegen die Abflugregeln des Flugplatzes verstoßen haben. Der Flugplatz Schönhagen ist seit Monaten in den Schlagzeilen. Die Hubschrauberstaffel der Polizei soll zum Jahresende von Schönefeld nach Schönhagen umziehen, was von Bürgern und Naturschützern kritisch bewertet wird. Der Flugplatz ist von Naturschutzgebieten umgeben.

Deshalb stellte ich folgende Mündliche Anfrage an die Landesregierung wie sie vor diesem Hintergrund die Entscheidung, die Hubschrauberstaffel der Polizei zum Jahreswechsel von Schönefeld nach Schönhagen umzusiedeln, bewertet.

Förderung von Bewässerungsanlagen

Mit dem Rückgang der durch den Obstanbau genutzten Flächen im Raum Werder hat sich auch das bestehende Bewässerungssystem sowohl technisch als auch hinsichtlich der Dimensionierung überholt. Eine Anpassung an den realen Bedarf



macht einen Umbau erforderlich, der mit erheblichem Investitionsbedarf verbunden ist.

Es stellt sich die Frage, ob grundsätzliche Fördermöglichkeiten zum Erhalt bzw. zum Umbau von Bewässerungssystemen für den Obstanbau bzw. die gärtnerische Nutzung bestehen.

Volksinitiative „Musische Bildung für alle“ gestartet

Seit 11. Juni 2009 läuft die Unterschriftenaktion zur Novellierung des Musikschulgesetzes in Brandenburg.

Sie wird landesweit von vielen Vereinen und Institutionen unterstützt.

Trotz sinkender Schülerzahlen wächst die Zahl der Musikschüler im Land Brandenburg.

Die Unterstützung dieses positiven Trends ist enorm wichtig. Dies beinhaltet unter anderem die Korrektur der Landesanteile an der Förderung der Musikschulen, die Sicherung der guten qualitativen Ausbildung der Musikschüler durch grundsätzliche Neuregelung der Finanzierung und Personalausstattung vom Land anerkannter Musikschul- und Kunsteinrichtungen. Das heißt auch, dass mindestens 40 Prozent festgestellte Lehrkräfte unterrichten.

Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde,
Zinner Straße 36
Tel: 03371-406544
www.konni-wehlan.de
Mail: BueroLukWehlan@aol.com

Frischer Wind für eine bessere Gesellschaft

„Nicht meckern, klotzen!“ – Diesen Satz verwende ich gern, wenn ich Leute höre, die sich über die Zustände in unserer Gesellschaft aufregen. Wenn mir etwas nicht gefällt und ich die Chance bekomme, diesen Missstand zu beseitigen, dann versuche ich das auch. Genau diese Einstellung war es, die mich ab 2003 veranlasste, als sachkundiger Einwohner aktiv im Sozialausschuss der Stadt Jüterbog mitzuarbeiten. Ein weiterer Antrieb war mein politisches Interesse, das mich vor bald zehn Jahren in die PDS (und darüber hinaus zu einer aktiven Mitarbeit in ihr) und mittlerweile sogar zum entsprechenden Studium führte.

An meinem politischen Interesse hat sich seitdem nichts geändert. Auch mein Engagement für eine bessere Gesellschaft hat nicht nachgelassen. So war es für mich nur eine

logische Konsequenz, bei den vergangenen Kommunalwahlen für die Stadtverordnetenversammlung meiner Heimatstadt zu kandidieren.

Entsprechend groß war meine Freude, als mir das Wahlergebnis sagte, dass ich in den nächsten Jahren wirklich aktiv in Jüterbogs Politik mitmischen dürfe. Gekrönt wurde das ganze noch durch die Wahl zum stellvertretenden Fraktions- sowie Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing.

Die (politische) Gremienarbeit an und für sich war und ist dabei nichts Neues für mich. Schließlich bin ich seit mehreren Jahren sehr aktiv in der gewerkschaftlichen (Jugend-)Arbeit – unter anderem als amtierender Bezirksjugendleiter und Mitglied der Bundesjugendleitung der TRANSNET. So war es für mich auch nichts Neu-

es, an Sitzungen teilzunehmen und sie sogar zu leiten. Lediglich die Art und Weise, wie dort bisweilen (nicht) diskutiert und taktiert wird, ist eine völlig andere.

Bisweilen beschleicht mich jedoch verstärkt der Eindruck, dass einige Verfahren und Inhalte (sowie leider auch Akteure) unserer städtischen Politik von Spinnweben übersät und mit Schleiern der Fraktionskonkurrenz bedeckt sind. Diese mit frischem Wind beseitigen und so für neue Ideen und ein wenig Aufruhr sorgen zu können, wäre das Traumziel meines politischen Wirkens der nächsten Jahre. Über den ersten „Erfolg“ habe ich mich dann auch besonders gefreut. Wer hätte schließlich gedacht, dass man bereits mit einem T-Shirt für Diskussionen sorgen kann?!

Eberhard Podzuweit, Jüterbog

Die Demokratie ist unentbehrlich

Unter diesem Gedanken fand am 13. Juni 2009 im „Waldstadt-Treff“ in Wünsdorf eine Veranstaltung statt, die mit über 80 Teilnehmern sehr gut besucht war.

Eingeladen hatten die Fraktion DIE LINKE der Stadt Zossen sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftungen Berlin und Brandenburg.

Anlass war der 90. Jahrestag der Beisetzung von Rosa Luxemburg, deren Leichnam vorher ins Garnisonslazarett Wünsdorf zur Obduktion gebracht worden war. Zossener LINKE und Sympathisanten hatten dort einen Kranz niedergelegt und die Zossener Stadtverordneten hatten dem Antrag der Linksfraktion zugestimmt, der dortigen Straße den Namen Rosa Luxemburgs zu geben. Die ca. fünfstündige Veranstaltung vermittelte uns auf vielfältige Weise ein Bild der klugen, mutigen und unerschrockenen Kämpferin, deren Leben durch ihre Feinde ein so grausames Ende fand.

Der Historiker Dr. Jörn Schütrumpf (Geschäftsführer des Dietz-Verlags) und die Schauspielerin Regine Seidler vom Berliner Grips-Theater lasen aus Schriften und Briefen Rosa Luxemburgs vor. Einige Gedanken daraus:

„Sozialismus ist soziale Gleichheit und Gleichheit vor dem Gesetz.“

„Demokratie ist öffentliche Kontrolle, Schule des öffentlichen Lebens und Recht auf freie Meinungsäußerung.“

„Diktatur muss sein, aber die Diktatur der Klasse, nicht die Diktatur der Führer.“

Viele Seiten ihrer Persönlichkeit lernten wir kennen, so ihr Interesse für ihre Freunde, ihr Mitgefühl mit leidenden Menschen und Tieren, ihre Liebe zur Kunst, ihre Freude an der Natur, ihr leider unerfüllter Wunsch

nach einer eigenen Familie. Kurze Einspielungen von Beethovens Musik, die sie sehr geliebt hat und das Vorlesen des Briefes aus dem Gefängnis über die gequälten Büffel (den die meisten von uns aus dem DDR-Literaturunterricht kennen) waren Momente, die sicher nicht nur mich Tränen schlucken ließen.

Der Journalist Uwe Soukup sprach über die genauen Umstände der Ermordung Rosa Luxemburgs. Dabei und in der kurzen Diskussion ging es auch um die derzeitigen aufregenden Veröffentlichungen zum Verbleib ihrer Leiche. Der Film von Margarethe von Trotta „Rosa Luxemburg“ beschloss die Veranstaltung, für die ich mich bei allen bedanke, die sie so ideenreich vorbereitet und durchgeführt haben. Sie wird mir – und sicher auch anderen – Anlass und Anregung zur weiteren Beschäftigung mit dem Erbe Rosa Luxemburgs sein.

*Christa Zernick,
Am Mellensee*

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

„Wir haben uns warm gelaufen. Ab in den Wahlkampf!“, mit diesen Worten beendete Lothar Bisky den Wahlparteitag der LINKEN am 20. und 21. Juni in der Berliner Max-Schmeling-Halle, wo mit überwältigender Mehrheit (sieben Gegenstimmen und vier Enthaltungen) das Wahlprogramm zur Bundestagswahl beschlossen wurde. „Am 27. September wird DIE LINKE wesentlich stärker in den Bundestag einziehen“, sagt Lothar Bisky in seinem Schlusswort voraus und fordert alle auf, sich dafür einzusetzen, das Land sozialer zu gestalten.

DIE LINKE hat aus den innerparteilichen Auseinandersetzungen der letzten Wochen gelernt. Wir haben die Funktion, für die Menschen im Land da zu sein, in den Mittelpunkt gerückt und gehen geeint in die Wahlkämpfe. Die werden wir engagiert gestalten und hoffentlich gute Wahlergebnisse erzielen, damit die Krise nicht zu Lasten der Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslosen geht. Die Zeche für die Krise sollen die zahlen, die sie verursacht haben.

Wir sind eine Friedenspartei

Noch nie hat die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag einem völkerrechtswidrigen Krieg zugestimmt. Alle anderen Fraktionen haben zugestimmt – alle! Das wird bei uns nie passieren. Das ist doch eine wichtige Gemeinsamkeit. In Bezug auf

die verschiedenen Strömungen in der Partei sagte Gregor Gysi: „Ich kenne kein einziges Mitglied unserer Partei, das sagen würde, doch, ich würde jetzt auch mal an einem völkerrechtswidrigen Krieg teilnehmen wollen. Kenne ich nicht! Auch nicht mit der albernen Begründung einer humanitären Intervention. Eine Intervention ist alles Mögliche, aber niemals humanitär!“

Wahlziel 10 plus X

Wir sind die Partei gegen Kriege, für soziale Gerechtigkeit, für hohe Bildung und hohe Kultur in Chancengleichheit. Dafür müssen wir kämpfen, das müssen wir deutlich machen. Und wenn uns das auf vernünftige, kulturvolle Art und Weise morgen und in den Wochen danach gelingt, dann bin ich sicher, dass wir ein Ergebnis von 10 plus X Prozent erreichen. Das Wichtige an unserer Wahl ist eben nicht eine Selbstbestätigung, sondern die Wirkung auf den Zeitgeist, auf die Medien, auf die Bevölkerung und auch auf die anderen Parteien, die mehr als durcheinandergebracht werden sollen, so dass sie sich durch unser gutes Wahlergebnis gezwungen sehen, ihre Politik zu verändern. Darin besteht unser Wert. Deshalb geht es bei dem Zugewinn an Stimmen nicht um uns, sondern um die Veränderung der Gesellschaft.

Verändern wir das Land

Gregor drückte das so aus: „Kämp-



fen wir so, dass die anderen Parteien sich maßlos und verdient ärgern, wir dann einen Abend auch mal ausgelassen feiern können – wer sich selbst nichts gönnt, gönnt in der Regel auch anderen nichts, wer sich nicht freuen kann, bringt auch anderen keine Freude. Wir werden das Gegenteil beweisen.“

Diana, Konni, Steffen, Peter, Rolf und Hartmut

Unsere Direktkandidaten für den Bundestag und den Landtag brauchen unsere aktive Unterstützung! Sie können nicht überall sein, deshalb müssen wir überall sein! DIE LINKE zum Anfassen ist in den nächsten drei Monaten verstärkt angesagt. Der Straßenwahlkampf sollte Priorität haben, denn dort trifft man die Wählerinnen und Wähler. Auch müssen wir an die weißen Flecken denken, also im flachen Land die Tippel-Tappel-Tour ist immer noch die beste Methode, um die Menschen an die Wahlurne zu bringen. <

Persönliche Gedanken und Erinnerungen zur Wende von Ulrich Wunderlich

Die bürgerlichen Medien und auch manche Zeitungen werden jeweils die Zeit vor 20 Jahren auf ihre Weise analysieren. Dem müssen wir unsere Meinung entgegensetzen. Ich war 1989 als Leiter des Büros für die Neuererbewegung und als Verantwortlicher für die Messe der Meister von Morgen im VEB Feuerlöschgerätewerk Luckenwalde tätig. Den al-

ten Betrieb hatte ich nach langjähriger Tätigkeit 1986 wegen großer Unstimmigkeiten in der statistischen Berichterstattung verlassen. Ich kannte die Fehlentwicklung in der DDR besonders auf meinem Gebiet.

Für Veränderungen trat ich vor allem in meiner Partei, der SED, ein. Ich war auch aktiv in der GST und der DSF tätig. Ich wusste, es musste

hierüber diskutiert werden. Gleichzeitig hatte ich Befürchtungen, dass antisozialistische Kräfte diese Situation ausnutzen. Ich war in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nebenamtlich Reiseleiter für Reisen in die Sowjetunion. Ich hoffte auf „Umgestaltung und Offenheit“ auch bei uns. Später hat mich die Politik eines Gorbatschow schwer enttäuscht. <

Jüterboger Aktivitäten

Ausstellungen

Bilder des Malers und Bildhauers Sernow, der auch die Vorlagen für die Stele zum Jüterboger Leben mitgestaltete, wurden in der Jüterboger Geschäftsstelle ausgestellt. Diese Stele steht jetzt vor dem Gebäude der Volkssolidarität in Jüterbog.

Kinderzeichnungen vom Zuckertütenfest

Ausstellung des Zeichners und Karikaturisten Harry Prüfert, dessen lustige Bilder und Comics großen Beifall fanden.

Diese Veranstaltungen werden gleichzeitig genutzt, um über politische Themen zu informieren und zu diskutieren.

Im Gespräch mit Peter Sodann

Ein Treffen mit Peter Sodann im Kulturquartier besuchten fast 60 Bürger der Stadt und des Kreises. Es wurde diskutiert und Peter Sodann gab in heiterer Form Auskunft.

Er meinte: „Dabei sein ist alles und eine ‚Bronzemedaille‘ zur Wahl des Bundespräsidenten ist doch auch nicht zu verachten.“

1. Mai 2009

Für das Familienfest am 1. Mai wurden umfangreiche Preise für die Tombola zur Verfügung gestellt. Auch die Jüterboger Frauen haben leckere Kuchen gebacken – organisiert von Martina Luedecke.

Stadtverordnetenversammlung Jüterbog

Die Genossinnen und Genossen, die in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag vertreten sind, sind laufend mit den Bürgern im Gespräch, insbesondere anlässlich der regelmäßigen Infostände.

Seniorenarbeit

Eine weitere gelungene Veranstaltung für die Seniorinnen und Senioren gestalteten Irmgard und Eberhard Hoeltke, beides Genossen unseres Regionalverbandes. Sie sind Imker aus Leidenschaft und so drehte sich alles um die fleißigen Bienen. Bienenwachskerzen wurden hergestellt und Honig konnte erworben werden.

JüterRock

Ein Höhepunkt war der 4. JüterRock im Schlosspark in Jüterbog, dessen Initiatorin Genossin Maritta Böttcher ist. Über 1800 Besucher fanden sich ein und freuten sich, dass ein solches Festival auf der Bühne stattfand. Viele freuen sich schon auf den 5. JüterRock im kommenden Jahr.

Europawahlkampf

Anlässlich der Europawahl waren Genossinnen und Genossen aktiv im Einsatz, sowohl im Wahlkampf als auch bei der Besetzung der Wahllokale.

Jubiläen

Die Mitglieder der Seniorenkommission, die einmal monatlich tagt, besuchen die „Geburtstagskinder“ anlässlich runder Geburtstage. Ebenso werden die nicht mehr gesunden Mitglieder aufgesucht.

Das ist eine umfangreiche Tätigkeit, denn die Altersgrenze steigt leider immer weiter nach oben.

Geschäftsstellenbetrieb

Die Dienststelle in Jüterbog hat feste Öffnungszeiten, weil die Diensthabenden nach wie vor bereit sind, dort anwesend zu sein, Auskünfte zu geben und vieles mehr zu erledigen, was alles ehrenamtlich erfolgt.

Finanzen

Die Kassengeschäfte führt Petra Haase – ebenfalls ohne materielle Reize! Ein Dankeschön an Petra!

Alle genannten Aktivitäten sind nur möglich, weil die Genossinnen und Genossen, obwohl schon meist im Rentenalter, sich abstimmen und ergänzen.

Gratulation

Wir gratulieren unserer langjährigen Genossin Renate Hippauf zu ihrer Auszeichnung anlässlich der Eröffnung der Seniorenwoche in Jüterbog.

Renate Hippauf ist ein aktives Mitglied der Seniorenkommission unserer Partei DIE LINKE. Jüterbog Dankeschön, Renate!

*Annamaria Engert,
Jüterbog*

Politische Bildung

Die politische Bildung im Allgemeinen sollte einen hohen Stellenwert einnehmen. Leider wird von den Angeboten zu wenig Gebrauch gemacht. Um uns über die Möglichkeiten politischer Bildung, deren Anwendung bzw. Verweigerung zu informieren, hatte sich der Kreisvorstand der LINKE Teltow-Fläming den Genossen Harald Petzold eingeladen.

Zuerst analysierte H. Petzold die momentan unbefriedigende Situation in der politischen Bildung. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden vielfach von einer Informationsflut überrollt. Die Durchführung von Bildungsmaßnahmen oder Bildungsangeboten scheitert oft an der mangelnden Unterstützung durch die politische Führung, aber auch an personellem Mangel.

Natürlich kann man bei der politischen Bildung Theorie und Praxis gut verbinden. Die Programmdiskussion kann mit Hilfe der programmatischen Eckpunkte durchgeführt werden, Mitgliederversammlungen können mit einem politischen Thema versehen werden, bei Frühschoppen kann über jeweils aktuelle Themen diskutiert werden und auch bei der Mitgliedergewinnung ist politische Bildung gefragt. Träger der politischen Bildung sind das Kommunalpolitische Forum und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Fast monatlich finden Bildungsabende statt, die über diese Bildungsträger organisiert werden.

Auch der Parteivorstand bietet politische Bildung an in Form von Seminaren, bei Organisation von Kampagnen und über die Erstellung eines Angebotskatalogs.

In unserem Kreis gibt es viele Angebote zur politischen Bildung, wie z.B. Bildungsabende, Jüterboger Gespräche, thematische Regional- und Kommunalkonferenzen u.v.m.. Genossinnen und Genossen, die die Info-Stände betreuen, haben die Möglichkeit sich dort fortzubilden.

*Gabi Pluciniczak,
Birkenbrück*

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Anfang Mai lehnte die Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag die Anträge der LINKEN zur Korrektur der Rentenüberleitungsgesetze für DDR-Renten ab. Die Mehrheit des Hauses hat die Chance verpasst, mehr Rentengerechtigkeit zu schaffen! Ich meine, dass das Rentenrecht nicht der Platz für die Bewertung eines Gesellschaftssystems ist!

Bisher hörten wir Argumente wie: „Der Rentenanpassung für die Ost-Balletttänzerin hätte man zustimmen können, aber nicht der für Polizisten“, so Abgeordnete der SPD und der Grünen. In den letzten Jahren wurden die Anträge zur Rentenüberleitung im Paket abgestimmt – „dafür konnte man dem nicht zustimmen“, so die Abgeordneten. Dann stimmen wir jetzt einzeln ab und namentlich, so die Überlegung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Wer nichts für Polizisten tun möchte oder für ehemalige Beschäftigte der Parteien, der kann z.B. zugunsten der

Geschiedenen stimmen, die um einen Versorgungsausgleich kämpfen.

Ein Blick in unsere Anträge zeigt, dass die Belange ganz verschiedener Betroffener angesprochen werden, nicht nur die der DDR-Elite. So geht es um Beschäftigte im Gesundheitssystem, um Geschiedene, aber auch um Beschäftigte von Bahn und Post, um Balletttänzer/innen ebenso wie um Bergleute und die Lehrerschaft.

Die Alterseinkommen verschiedener Berufsgruppen Ost liegen noch weit unter denen im Westen. Wissenschaftler/innen erhalten höchstens 50 Prozent und Krankenschwestern erreichen momentan 68 Prozent. Selbst wenn ihnen der besondere Steigerungssatz zuerkannt würde, lägen sie noch unter den vergleichbaren Westrenten.

Nach 1990 wurden die DDR-Alterssicherungssysteme in das bundesrepublikanische Rentensystem überführt. Das war eine zu achtende Leistung. Aber die Überführung allein

in die Rente zu bundesdeutschen Bedingungen brachte zahlreiche Regelungen, die ungerecht und diskriminierend sind und auch bis heute soziale Härten hervorbringen. Auf solche Fälle beziehen sich unsere Anträge. Mit 17 Einzelanträgen hat DIE LINKE den Abgeordneten der anderen Parteien eine Brücke gebaut – nun hätte auch die Koalition den Ostdeutschen zeigen können, wie ernst sie es meint. Die Kanzlerin hatte schon bis 2007 eine Verbesserung versprochen. DIE LINKE hat die namentliche Abstimmung gefordert, damit die Wähler/innen genau sehen können, wer hinter ihrer berechtigten Forderung nach Anerkennung der Lebensleistung steht – und wer nicht. <

Der große Hebel

Nach langem Warten rief der „Europäische Gewerkschaftsbund“ am 16. Mai zur Krisen-Demo in vier europäischen Metropolen. Unter der Losung „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa – Die Verursacher müssen zahlen“, sollte den regierenden Politikern gezeigt werden: Nicht nur Banken und globale Wirtschaft sind wichtig, sondern der Mensch muss das Maß der Dinge sein.

Nach dem verstärkten Sozial- und Lohnabbau der letzten 15 Jahre, besonders hier in Deutschland, war es wichtig, ein eindeutiges Zeichen zu setzen. Mit etwa 100.000 Demonstranten, nur in Berlin, ist das auch eindrucksvoll gelungen. Doch auch ideenreiche Plakate und Aktionen brachten den Volkszorn zum Ausdruck. So wurde diese Demo zum großen Hebel.

Münteferings provokative Teilnahme wurde mit Murren und Knurren bedacht, statt ihn mit deutlichen Worten auszugrenzen. Nach der Wahl wird er sich dann wohl wieder über Unfairness beklagen, wenn ihm seine Worte und Taten vor der Wahl vorgehalten werden.

Für viele Demonstranten war es ein besonderes Erlebnis, mit so vielen Gleichgesinnten ihren Willen zu bekunden. Mir haben besonders die deutlichen Aussagen des Kollegen Schmidthener über die Krise, das globale Monopolkapital und wer die Kosten tragen sollte gefallen.

Hoffentlich finden durch diese großen Demos in Europa noch mehr Menschen Mut und Lust, für ihre Interessen und Notwendigkeiten den nötigen Einsatz zu zeigen. Einen guten Ansatz sehe ich in den Bemühun-

gen der Belegschaften, ihren Arbeitsplatz zu erhalten, aber auch die Streiks der Kita-Erzieherinnen oder der Schüler und Studenten für bessere Bildung gehören dazu.

Geld ist genügend da. Es muss nur richtig verwendet werden.

Wenn statt Hochrüstung, Krieg, horrenden Renditen und Managergehältern – gute Bildung, gute Löhne und gute Sozialleistungen im Vordergrund stünden, könnten wir alle recht gut leben. Wir müssen aber lernen, uns gemeinsam zu wehren, damit man uns nicht die Butter vom Brot nimmt.

In diesem Zusammenhang weise ich auf eine Veranstaltung des DGB mit dem Mindestlohn-Truck am 2. Juli 2009 um 14.00 Uhr auf dem Marktplatz in Jüterbog hin.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Das Für, das Wider und das Gewissen

Sie saß ein wenig eingeengt zwischen den beiden führenden SPD-Vertretern. Als der Europa-Spitzenkandidat der SPD, Schulz seine Rede beendet hatte, stand auch das neue SPD-Mitglied, Yvonne Kaufmann, auf und gab mit den anderen Delegierten stehenden Applaus. Mir wurde schlecht und ich war gleichzeitig traurig. Vor einiger Zeit hatte ich noch in Straßburg im Europaparlament mit der Vizepräsidentin der Fraktion der Vereinigten Linken über linke Politik diskutiert.

Die Mitbegründerin der PDS, langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes unserer Partei, Bundestags- und Europaabgeordnete ließ keinen Zweifel aufkommen, wo sie steht. Sie musste über 20 Jahre lang den Angriffen und Beschimpfungen von Seiten der bürgerlichen Parteien und der SPD widerstehen. Nun applaudierte sie mit den Leuten, die die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und den Sozialabbau zu verantworten, die die Einführung des Mindestlohns verhindert hatten. Deutschland beteiligt sich mit Billigung der SPD an völkerrechtswidrigen Kriegen. Als Yvonne

Kaufmann bei der LINKEN keinen aussichtsreichen Listenplatz erhalten hatte und in den Kampf abstimmungen als Kandidatin durchfiel, erhielt sie von den Delegierten eine Absage. Es war die Quittung gegen ihre Zustimmung zum Lissabon-Vertrag, dem „Ersatzkonstrukt“ zur gescheiterten Europaverfassung. DIE LINKE lehnt diesen Vertrag ab, weil sie die militärische Aufrüstung Europas ablehnt, weil es keine Sozialcharta gibt und weil die demokratischen Rechte der Bürger Europas beschnitten werden.

Dabei stehen die Verbesserungen hinten an, wenn man diese drei maßgeblichen Ziele der LINKEN nach ihrer Bedeutung wichtet. Das sah Yvonne Kaufmann anders. Nach meiner Meinung hätten wir als LINKE diese kontroversen Positionen aushalten müssen, so wie viele Genossen in unserem Selbstverständnis in der gesamtdeutschen LINKEN unterschiedliche Betrachtungsweisen haben. Das aber gehört zu unserer demokratisch legitimierten Partei. Vielleicht haben wir Yvonne kein entsprechendes Angebot gemacht, um

von ihren Erfahrungen zu profitieren.

All diese meine Gedanken wurden gegenstandslos, als Kaufmann nicht nur aus der LINKEN austrat, sondern nahtlos SPD-Mitglied wurde. Sie hat uns verraten. Die Folgen waren absehbar. Sie wird nunmehr missbraucht und instrumentalisiert.

Natürlich wird sie einen Posten von der SPD erhalten, wovon sie im Gegensatz zu vielen anderen Menschen auch leben kann. Ach Yvonne, hast Du vergessen, wofür Du angetreten bis? Da Du nach Deiner Nichtnominierung als aussichtsreiche Kandidatin für die Europawahl Deine Partei, Deine Wurzeln verlassen hast, bleibt Dein Schritt ungläubwürdig.

So wie auch einige andere Genossen, die mehr an lukrative Posten denken als für den Traum von einer gerechten Welt, von einem demokratischen Sozialismus einzutreten. Als Antwort auf diesen Verrat sollten wir LINKEN uns noch mehr zusammenschweißen.

*Dr. Rudolf Haase,
Luckenwalde*

Frauen Macht Kommune

Der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Teltow-Fläming, Christiane Witt, ist es gelungen, die Kampagne „Frauen Macht Kommune“ am 28. Mai 2009 nach Luckenwalde zu holen. Bereits in Rostock, Erfurt, Bielefeld, im Landkreis Mainz – Bingen, um eine kleine Auswahl zu nennen, fanden zu dieser Thematik ebenfalls Aktionstage statt.

Der Zeitpunkt im Superwahljahr ist gut gewählt und das Thema hochaktuell. Seit 90 Jahren dürfen Frauen wählen und gewählt werden. Die Bilanz: Im Bundestag und Landtag haben 32% Frauen Sitz und Stimme, im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung in Luckenwalde sind es 28%, aber nur 5% der Frauen in

Deutschland sind Bürgermeisterinnen, also deutlich unterrepräsentiert. Mit dieser Aktion sollten Frauen ermutigt werden, sich in die Kommunalpolitik einzumischen und das Leben in ihrer Kommune mitzugestalten und mitzubestimmen. Ein 15 Meter langer roter Teppich mit Unterschriften von aktiven Frauen, auch aus unserem Landkreis wurde symbolisch im Rathaus ausgerollt.

Am Nachmittag trafen sich ca. 30 Frauen um darüber zu beraten, wie der Anteil Frauen in der Kommunalpolitik erhöht werden kann. Aktive gaben darüber Auskunft, wie sie zur politischen Arbeit kamen und wie unter Berücksichtigung verschiedener Interessengebiete der Anteil der Frau-

en erhöht werden kann. Dass die aktiven Frauen weitestgehend unter sich blieben zeigt, dass noch viel zu tun bleibt. Die Kampagne war ein guter Schritt in die richtige Richtung, darüber waren sich alle Interessierten einig.

Der Veranstaltung in Luckenwalde kann ein hohes Niveau bescheinigt werden. Jetzt kommt es darauf an, das Thema in praktische Arbeit umzusetzen. Die noch anstehenden Wahlen bieten dafür die besten Voraussetzungen.

Unsere Partei hat mit der Nominierung einer Bürgermeisterkandidatin eine gute Vorlage geliefert.

*Marianne Richter,
Luckenwalde*

Mit Betty das Laufen gelernt

Am 17. Juni 2009 lüftete die Basisorganisation DIE LINKE. Nuthe-Urstromtal ihr „offenes“ Bürgermeisterkandidaten-Geheimnis für die Wahl am 27.09.2009 im Rahmen einer Seniorenveranstaltung in Hennickendorf.

Ort und Publikum waren bewusst gewählt: Unsere Kandidatin, Monika Nestler, ist seit ihrem fünften Lebens-

Monika Nestler gilt als bodenständig und mit unserer Gemeinde Nuthe-Urstromtal verwachsen.

Ihre langjährigen Erfahrungen in leitenden Positionen der Gemeindeverwaltung – sie ist stellvertretende Bürgermeisterin und Leiterin des Bauamtes – führten zu hoher Kompetenz, verbunden mit Bürgernähe und sozialem Engagement. Sie steht



Ingrid Köbke, Monika Nestler und Kornelia Wehlan

Foto: Felix Thier

jahr in Hennickendorf zu Hause.

Außerdem begann sie ihre kommunalpolitische Laufbahn vor 31 Jahren in diesem, ihrem Dorf.

Sie war 1978 die jüngste Bürgermeisterin im Kreis Luckenwalde. Das Hennickendorfer Publikum hatte sie also auf ihrem Weg begleitet, ganz besonders Betty Domack, bei der sich Monika mit herzlichen Worten und Blumen für die damalige Starthilfe bedankte. Die anwesenden Senioren und Gäste begrüßten Monikas Schritt zur Kandidatur. Die Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE. Teltow-Fläming, Kornelia Wehlan, gestand: „Monika Nestler ist unsere erste Wahl.“

Ingrid Köbke begründete vor den Anwesenden die mit klaren 100% einstimmig entschiedene Wahl Monika Nestlers zur Bürgermeisterkandidatin für Nuthe-Urstromtal:

für transparente Politik, die für den Bürger nachvollziehbar ist.

Es geht uns nicht darum, in der Gemeinde von vorn anzufangen, sondern um die Fortsetzung erfolgreicher Kommunalpolitik.

Deshalb werden wir keine Politik gegen den jetzigen Bürgermeister, Herrn Jansen, führen und auch nicht dulden. Wir stehen für einen fairen und sachbezogenen Wahlkampf.

Wie jeder Mensch hat auch Monika Nestler Schwächen. Diese kennt sie und wird sie mit Hilfe unserer Basis abbauen. Monika verträgt auch sachliche Kritik und löst so manche Aufgabe mit viel Humor.

Sie ist Kommunalpolitikerin mit Leib und Seele. Wir werden sie im Wahlkampf mit all unseren Kräften unterstützen.

Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal

Gedanken zum Mauerfall

Ich bin Jahrgang 1925, gehöre also einer Generation an, die einige Epochen der Weltgeschichte erlebt hat. Die Schlimmste dieser Epochen war der Zweite Weltkrieg – Trümmer, Not und Elend brachte er über die Menschheit. Persönlich erlebte und überlebte ich am 13. Februar 1945 den Bombenangriff auf Dresden. Welch ein Verbrechen an der Zivilbevölkerung, denn drei Monate später war der Spuk vorbei – der Faschismus geschlagen.

Kriegsende: „Nie wieder Krieg!“ war der Wunsch der Menschen. Also Wiederaufbau und normale Verhältnisse schaffen. 1949 geschah es – die Teilung Deutschlands, die bereits mit der Einführung einer separaten Währung in Westdeutschland begonnen worden ist, wurde vollzogen.

Es entwickelten sich zwei unterschiedliche Gesellschaftsordnungen, der Sozialismus und der Kapitalismus.

Vierzig Jahre später folgte dann der Verfall, eine neue Epoche begann: Die Demontage der DDR-Wirtschaft, der Bildung und Kultur. Für mich und viele Bürger unseres Landes ist die Freiheit erst dann vollzogen, wenn die Löhne und Renten angeglichen sind. Ich habe nichts gegen die Aufarbeitung der Geschichte, aber das sollte dann doch für ganz Deutschland gelten und nicht nur für die DDR, gegen die vor allem zu Beginn vielfältige Sabotageakte verübt worden waren. Denn auch in der Bundesrepublik gab es Unrecht, Verfolgung Andersdenkender, Berufsverbote und Verbote der KPD und der FDJ. Über Recht und Unrecht könnte noch viel geschrieben werden.

Mit Gedanken von Karl Marx möchte ich enden:

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“

Dora Pützschel,
Mahlow

Kleines Handbuch ...

der großen Lügen über die DDR

von Klaus Huhn

Nach der Wende habe ich mir vorgenommen, meine Lesegewohnheiten nicht zu ändern, und ich habe es auch konsequent eingehalten. War das ein Fehler? Beim Lesen dieses Handbuches habe ich die geballte Ladung westdeutscher Veröffentlichungen über die DDR abbekommen und ich musste sehr oft innehalten.

„Berliner Zeitung“, „Spiegel“, „Materialien der Enquete –Kommission“ oder „bella“ (ich könnte hier weiter fortfahren) ist keine Schlagzeile zu reißerisch, um den geneigten Leser wissen zu lassen, welche Gräueltaten in der DDR begangen worden sind. Auftrags- und Strahlenmorde, Zwangs-



adoptionen, Doping, Organhandel, Zwangsschulen, ertränkte Babys, dressierte Kinder, Versuche an Menschen usw., usw.. Klaus Huhn hat die besonders dreisten Verleumdungen recherchiert und die Wahrheit dagegen gehalten. Aber wer liest das schon?

Vor knapp 400 Jahren schrieb der französische Philosoph und Mathematiker Blaise Pascal: „Wenn Menschen an dem, was sie sagen, nicht innerlich beteiligt sind, so darf man nicht daraus schließen, dass sie nicht lügen. Es gibt Leute, die um der Lüge willen lügen.“ Dem kann ich nur zustimmen. Und noch was. Ich werde meine Lesegewohnheiten nicht ändern.

Marianne Richter

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Edeltraut Liese in Gölsdorf zum 60. Geburtstag am 12.07.
Helmut Günther in Ludwigsfelde zum 80. Geburtstag am 17.07.
Margot Raube in Ludwigsfelde zum 80. Geburtstag am 24.07.
Gertrud Kalkofen in Jüterbog zum 85. Geburtstag am 01.08.
Kurt Preibisch in Ludwigsfelde zum 85. Geburtstag am 04.08.

Horst Pechmann in Mahlow zum 79. Geburtstag am 13.07.
 Gertrud Popp in Mahlow zum 79. Geburtstag am 14.07.
 Friedlinde Langklotz in Blankenfelde zum 71. Geburtstag am 16.07.
 Irmgard Atlas in Jüterbog zum 77. Geburtstag am 17.07.
 Waldemar Lehmann in Rangsdorf zum 84. Geburtstag am 20.07.
 Freia Heimerdinger in Ludwigsfelde zum 84. Geburtstag am 21.07.
 Willi Siemen in Jüterbog zum 83. Geburtstag am 21.07.
 Günter Zernick in Am Mellensee zum 72. Geburtstag 25.07.
 Ilse Berno in Dahme/Mark zum 79. Geburtstag am 26.07.
 Siegfried Gutjahr in Ludwigsfelde zum 81. Geburtstag am 27.07.
 Ilse Siegnoht in Mahlow zum 81. Geburtstag am 30.07.
 Margarete Rusicke in Mahlow zum 84. Geburtstag am 31.07.
 Kurt Mühlsteph in Ludwigsfelde zum 78. Geburtstag am 31.07.
 Manfred Wagenknecht in Jüterbog zum 83. Geburtstag am 01.08.
 Fritz Heise in Mahlow zum 79. Geburtstag am 01.08.
 Dr. Ingrid Drechsel in Siethen zum 72. Geburtstag am 06.08.
 Heinz Krumpach in Mahlow zum 77. Geburtstag am 06.08.
 Herbert Herrmann in Markendorf zum 76. Geburtstag am 07.08.
 Elfriede Neumann in Luckenwalde zum 82. Geburtstag 07.08.
 Annemarie Kliemank in Ludwigsfelde zum 78. Geburtstag am 07.08.
 Harald Luedecke in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 07.08.
 Fritz Huschke in Nuthe-Urstromtal zum 88. Geburtstag am 08.08.
 Helga Heilbrunn in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 10.08.

Auflösung Bilderrätsel



Mitten auf dem Jüterboger Marktplatz stehend, Blickrichtung Süd, betrachtet man das zweitälteste und wohl schönste Rathaus Bran-

denburgs. Seine Geschichte beginnt 1285, als der Erzbischof Ernst von Magdeburg der Stadt eine Fläche am Marktplatz zur Errichtung eines Rathauses geschenkt hat.

Im Obergeschoss befindet sich das Fürstenzimmer, das heute Dienstzimmer des Bürgermeisters ist. Es besitzt ein aus Sandstein bestehendes Zellengewölbe (auch Sternengewölbe genannt). Seine Decke wird von einer gedrehten Sandsteinsäule getragen. <

Termine

13.07.09 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

15.07.09 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

20.07.09 18.30 Uhr

Beratung BO-Vorsitzende Gebietsverband Zossen
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

23.07.09 17.30 Uhr

Regionalvorstand TF-Süd
Geschäftsstelle Jüterbog

Kerstin Kaiser in Blankenfelde



Kerstin Kaiser

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg ist am 19. August zu Gast in der Grünen Pas-

sage in Blankenfelde.

Der Sprecherrat des Gebietsverbandes Blankenfelde/Mahlow lädt zu einem interessanten und tiefgründigen Abend mit der Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2009 ein.

Zur Einstimmung auf die heiße Phase des diesjährigen Landtagswahlkampfes steht Kerstin Kaiser Rede und Antwort vor einem hoffentlich zahlreichen Publikum.

Die Diplomlawistin ist auch Sprecherin für Sozialpolitik, Familie und Gleichstellung der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg sowie Sprecherin der Fraktion für Verfassungsfragen und die Beziehungen zwischen Berlin und Brandenburg.

Redaktion

**Ach, o Schreck, die Mauer ist weg.
Die Menschen waren außer Rand und Band,
manche verloren fast den Verstand.
Wir sind das Volk! - Wir sind ein Volk,
so tönte es durch die Straßen.
Doch schon bald kam das böse Erwachen.
Betriebe und Einrichtungen wurden abgewickelt im
ganz großen Stil,
Arbeitsplätze blieben nicht mehr viel.
Wir wählten Regierungen, eins, zwei, drei,
viele Minister waren dabei.
Wir sahen sie kommen, wir sahen sie gehen,
von den blühenden Landschaften aber ist nicht viel zu
sehen.**

Dora Pützschel, Mahlow

Mit tiefer Trauer haben wir erfahren, dass unsere Genossin

Vera Ferdinand

verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken.

BO Am Mellensee,
DIE LINKE Kreisverband
Teltow-Fläming

**Das soziale
Brandenburg:
Wählt rot! DIE LINKE.**

IMPRESSUM

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36, 14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33, 14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54, Spendenkonto: 363 302 74 15, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 17. Juni 2009, der nächsten Ausgabe: 15. August 2009

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

www.dielinke-teltow-flaeming.de